

Wann ist Bildung links?

Linke Bildungsansätze müssen die Lerninteressen der Lernenden ernst nehmen. Denn nur durch das mündige, autonome und emanzipierte Subjekt ist eine befreite und gerechte Gesellschaft möglich.

Von Michael von Wirth

Auf diese Frage, wann denn Bildung links sei, gibt es eine ganze Reihe von Antworten. Die erste Möglichkeit besteht darin, vom Ziel der Bildungsangebote auszugehen. So gibt es Versuche, mit Hilfe von Bildung einen Beitrag zur Herstellung, Überwindung oder Verhinderung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse zu leisten. Es gibt antifaschistische, antirassistische und antisexistische Bildung. Es gibt Ansätze gegen Antisemitismus und queere Bildung, die Heteronormativität oder gleich das ganze kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit überwinden will. Es gibt Friedenspädagogik, interkulturelle und internationale Bildung, Gedenkstättenpädagogik, Menschenrechtsbildung, pädagogische Konzepte gegen Vorurteile und Gewalt oder für Toleranz. Im gewerkschaftlichen Bereich werden – vor allem junge – ArbeitnehmerInnen geschult, am Arbeitsplatz für ihre Interessen einzustehen und zu kämpfen. In diesem Feld gibt es auch Versuche, grundlegende Gesetzmäßigkeiten der politischen Ökonomie methodisch lockerer als durch das zähe Studium dicker Bücher aufzubereiten und so breiter vermitteln zu können. In Rollenspielen etwa können Machtverhältnisse und unterschiedliche Interessen der Akteure in Wirtschaftskreisläufen herausgearbeitet werden.

Interkulturalismus und Kritik an den Machtverhältnissen sind zwei verschiedene Paar Schuhe

All das wird meist ohne großes Zögern in die große Schublade linker Bildung abgelegt. Und sicher ist das auch nicht ganz falsch, denn das gesellschaftliche Ziel von Bildungsarbeit ist ein zentraler Faktor bei der politischen Bewertung. Ein zweites, viel diskutiertes Kriterium ist jedoch, inwieweit Bildungsangebote strukturelle gesellschaftliche Herrschafts- und Machtmechanismen erkennen und berücksichtigen. Pädagogik zielt auf die

„Wer vor allem kulturelle Differenzen und psychologische Aspekte zum Ausgangspunkt nimmt, individualisiert gesellschaftliche Verhältnisse.“

Subjekte und die Veränderung von Bewusstsein. Auf die ökonomische Ordnung oder das politische System hat sie keine unmittelbare Wirkung. Unterschätzt die Pädagogik die entscheidende Wirkung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf das Bewusstsein, so übersieht sie ihre eigene Bedingtheit und macht sich Illusionen über ihre Wirksamkeit. In diesem Fall trägt sie noch dazu bei, den Zustand zu verlängern, den sie zu verändern vorgibt. Die Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse ist ein maßgeblicher Unterschied zwischen beispielsweise interkulturellen und antirassistischen Bildungsansätzen. Erstere nehmen vor allem kulturelle Differenzen und psychologische Aspekte wie Vorurteile zum Ausgangspunkt und setzen diesen den Wert der Toleranz und die Notwendigkeit von kultureller Übersetzungsarbeit entgegen. Letztere kritisieren die Fokussierung auf die psychologische Ebene als Individualisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Kulturbegriff des Interkulturalismus blende aus, so die KritikerInnen, dass Kultur als Sphäre der Bedeutungsproduktion mit anderen gesellschaftlichen Sphären – wie der politisch-ökonomischen – zusammenhänge. Kultur werde nicht nach machtförmigen Strukturen befragt. So kritisiert die Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerin Iman Attia, dass die eigene kulturelle Zugehörigkeit von der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht als dominant reflektiert und problematisiert werde. Entsprechend nehmen antirassistische Bildungsansätze verstärkt Macht und Privilegien in den Blick.

Defensives und expansives Lernen

Einen dritten Maßstab, der an linke Bildungsprozesse angelegt werden kann, liefert die Lerntheorie Klaus Holzkamps, des Begründers der Kritischen Psychologie. Sie stellt die Interessen, Bedürfnisse und die bewusste Entscheidung des Subjekts in den Vordergrund. Holzkamp unterscheidet zwischen defensivem und expansivem Lernen. Defensives Lernen, das teilweise auch als widerständiges Lernen bezeichnet wird, dient vor allem der Abwehr drohender Repression und Einschränkung der persönlichen Handlungsmöglichkeiten. Expansives Lernen hingegen zielt auf die Erweite-

„Schule produziert unter wachsendem Leistungsdruck gezielt Leistungsunterschiede – quasi als Naturgesetz.“

Die eigene Handlungsfähigkeit und die Verbesserung der Lebensqualität durch eine Erweiterung der Selbstbestimmung. Voraussetzung ist das selbstbestimmte Setzen des eigenen Lernziels, zumindest jedoch das Einverständnis mit von außen herangetragen Lernzielen. In der Realität – zumal der gesellschaftlich vorgefundenen – überlagern und vermischen sich die beiden Lernformen ständig. Es ist jedoch möglich, institutionelle Anordnungen und Settings zu bestimmen, die die eine oder andere Begründung zum Lernen nahe legen. Wer etwa in einen anderen Sprachraum migriert, wird feststellen, dass die Fähigkeit zur Kommunikation und damit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne ausreichende Sprachkenntnisse stark eingeschränkt ist. Dieses Erkenntnis kann zum Ausgangspunkt für einen expansiven Lernprozess werden. Wenn allerdings staatliche Sanktionsmechanismen bestehen, die das Erlernen der jeweiligen Sprache zur Voraussetzung für die Gewährung bestimmter Rechte machen, vermischen sich die beiden Lernformen.

Die „Naturgesetze“ der Schule und das neoliberale life-long-learning

Die Schule als wichtigster institutionalisierter Lernort selektiert und weist unterschiedliche Lebenschancen zu. Dies geschieht unter gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen, in denen Lernprozesse strikt unter der Kontrolle der Schulorganisation und der Einwirkung des Lehrpersonals bleiben müssen. Wenn sie dem Lehrplan nicht entsprechen, müssen von SchülerInnen geäußerte Lerninteressen dort als Störungen erscheinen. Unter wachsendem Leistungsdruck werden gezielt Leistungsunterschiede produziert, die gleichzeitig durch die Ideologien der Begabung und der Chancengleichheit legitimiert werden. Die Leistungsunterschiede, die in jedem Notenspiegel wiederzufinden sind, entsprechen dabei der Gaußschen Normalverteilung – als ob es sich hierbei um ein Naturgesetz handelte. Expansives Lernen bleibt in der Schule die Ausnahme. Dafür sorgt die Praxis. Die gesamte Schulklasse muss immer zur gleichen Zeit den vom Lehrplan verordneten Stoff lernen. Die Vereinheitlichung ist dabei nicht nur der Arbeitsprozesse in der Fabrik angelehnte Versuch, das Lerngeschehen zu rationalisieren, sondern auch wichtige Voraussetzung für den Schein der Chancengleichheit. Mit dem Begriff des defensiven Lernens lassen sich Erfahrungen erklären, die viele im Laufe ihrer Schulzeit gemacht haben, zum Bei-

spiel, dass sie als SchülerInnen den LehrerInnen möglichst nach dem Mund geredet haben. Auch gibt es die Erfahrung, die meisten Lerninhalte schon wenige Wochen nach

der Prüfung vergessen zu haben. Im Bereich der Lohnarbeit überwiegen ebenfalls Lernsettings, die strukturell wenig Raum für die selbstbestimmte Wahl eigener Lerninteressen bieten. So kann das neoliberale life-long-learning als lebenslängliche Verurteilung aufgefasst werden, sich immer wieder aufs Neue an veränderte ökonomische Zwänge anpassen zu müssen.

Expansives Lernen als Ziel linker Bildungspolitik

Aber auch Bildungsansätze mit linkem Selbstverständnis müssen sich mit der Paradoxie auseinandersetzen, dass sie Bildungsziele wie Selbstbestimmung, Mündigkeit oder Emanzipation erst einmal von außen an die TeilnehmerInnen herantragen. Diese Ziele können jedoch unmöglich für andere gesetzt werden. Auflösen lässt sich der Widerspruch nur, wenn die TeilnehmerInnen der Bildungsmaßnahme erkennen, dass sie ein lebendiges Interesse an den entsprechenden Inhalten haben, etwa weil sie sich bewusst werden, dass sie mit deren Hilfe alltägliche Handlungseinschränkungen überwinden können. In einem meiner Seminare klagte eine Schulklasse über das demütigende Verhalten eines Lehrers. Die SchülerInnen erkannten, dass ihr Mobbing untereinander sie an einer gemeinsamen Gegenwehr hinderte und ihm ermöglichte, sie gegeneinander auszuspielen. Daraufhin

„Lebenslanges Lernen ist die Verurteilung zu lebenslänglicher Anpassung an ökonomische Zwänge.“

entwickelten sie den Wunsch, ihre Konflikte anders auszutragen und sich zu solidarisieren. Häufig formulieren linke PädagogInnen allerdings ihre politischen Ziele unvermittelt in individuelle Lernziele um. Stattdessen muss vielmehr ein Verständigungsprozess über die Inhalte der Bildungsarbeit erfolgen. Die geäußerten Lerninteressen der Lernenden müssen tatsächlich – nicht nur zum Schein – berücksichtigt werden. Linke Bildung sollte zum Ziel haben, die Fähigkeit der Subjekte zur Selbstbestimmung zu erweitern. Nur starke und selbstbewusste Persönlichkeiten sind in der Lage, sich gegen gesellschaftliche Zwänge zu wehren und sich erfolgreich gegen Herrschaftsverhältnisse zu organisieren. Eine Bildungsarbeit, die zu einer befreiten und gerechten Gesellschaft beitragen will, sollte also die Bedingungen für expansives Lernen schaffen.<

Michael von Wirth
lebt in München
und arbeitet als
Migrationsberater.